

China-Aktivitäten einstellen?

Nein, sagt der Kantonsrat – nach emotionaler Debatte zum China Centre der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten.

Raphael Karpf

Seit 25 Jahren betreibt die Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten das China Centre. Dort wird der Kontakt zu chinesischen Universitäten und Behörden gepflegt (wenn auch seit Ausbruch der Pandemie keine physischen Besuche mehr stattgefunden haben), gleichzeitig ist China selbst auch Forschungsgegenstand. Ziel ist es, den «Studierenden und Unternehmen fundiertes aktuelles China-Wissen zur Verfügung zu stellen». So ist es auf der Website der FHNW beschrieben.

Das Centre kann nun wie bisher weitergeführt werden. Der Entscheid fiel allerdings mit 50 zu 34 Stimmen recht knapp aus, ihm ging zudem eine lange und emotionale Debatte voraus.

Menschenrechtsverstösse thematisieren oder nicht?

Angestossen hatte das Ganze Silvia Fröhlicher (SP, Bellach). Sie hatte gefordert, alle Kontakte der FHNW mit China zu sistieren. Ein Auszug aus der Begründung des Vorstosses: «Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass China zunehmend eine nach innen totalitäre und nach aussen militärisch-aggressive Politik betreibt, welche die Grundrechte verletzt und souveräne Staaten wie Taiwan bedroht oder den Bruch des Kriegsvölkerrechts anderer Staaten unterstützt.» Nach Rückmeldungen von Re-



Die Fachhochschule Nordwestschweiz betreibt in Olten ein China Centre.

Bild: Bruno Kissling

gierung und Kommission entschied sie sich, eine abgeänderte Version des Auftrags nachzuziehen. Gemäss diesem sollen die Beziehungen nicht sistiert werden. Um sie aufrechtzuerhalten, müssten aber zwingend auch Menschenrechte thematisiert werden. Doch auch von dieser abgeschwächten Variante wollte der Kantonsrat nichts wissen.

China sei nicht das einzige Land mit einem problematischen Umgang mit Menschenrechten, wurde als Argument

mehrfach genannt. «Wo ziehen wir die Grenze?», fragte Samuel Beer (GLP, Oberdorf). «Konsequenterweise müssten wir dann auch mit anderen Ländern so umgehen, mit der Türkei, Saudi-Arabien oder Venezuela zum Beispiel.»

Ein weiteres Argument der Gegner: Aussenpolitik ist Sache des Bundes. «Es wäre seltsam, würden wir eine eigene China-Strategie einführen», sagte Matthias Meier-Moreno (Mitte, Grenchen). Und auch Bildungsdirektor Remo Ankli verwies

darauf: «Wenn Bildungsinstitutionen den Kontakt zu China herunterfahren sollen, muss der Bund das entscheiden.»

Dieses Argument wollte Fröhlicher nicht gelten lassen. «Man versteckt sich hinter der Aussenpolitik», war ihr Eindruck. «Aber welche Vorgaben wir der FHNW geben, ist unsere Verantwortung.» Fröhlicher war es, die die emotionale Debatte so richtig lancierte: «Es geht darum, sicherzustellen, dass unsere Werte wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ge-

wahrt werden. Zumindest dort, wo wir als Kanton direkt oder indirekt etwas zu sagen haben. Nur so sind wir glaubwürdig gegenüber allen, die auf der Welt unter Unfreiheit leiden.» In dieselbe Kerbe schlug ihr Parteikollege Markus Ammann (Olten): «Wir müssen aufhören zu kuschen und endlich unsere Prinzipien verteidigen. Alles andere wäre Verrat an unseren schweizerischen Werten.»

Etwas neutraler, aber doch auch bestimmt äusserte sich André Wyss (EVP, Rohr). Beim

abgeänderten Wortlaut gehe es nur darum, Menschenrechte zu thematisieren. «Das müsste doch möglich sein. Mehr abschwächen geht gar nicht mehr, dann wäre es ehrlicher, zu sagen, dass es uns egal ist.» Und auch wenn man wohl wenig bewirken würde, würde man zumindest ein kleines Zeichen setzen.

China sitzt am längeren Hebel

Dass China, insbesondere wirtschaftlich, am längeren Hebel sitzt, war allen im Saal klar. Richard Aschberger (SVP, Grenchen) zeigte es an folgendem Beispiel auf: Man stelle sich vor, die FHNW würde eine Partnerschaft mit Taiwan verkünden. Es wäre ein Eklat. «Aber das ist gar nicht möglich, weil China viel früher kompromisslos intervenieren würde. Wir machen jedes Jahr einen tieferen Bückling, weil wir so abhängig wurden von China.»

Dem entgegnete Simon Michel (FDP, Solothurn), dessen Ypsomed selbst mit China geschäftet: «Man muss mit am Tisch sein, um mitreden zu können.» Man müsse die Gegenseite verstehen, um Einfluss nehmen zu können. Auch Bildungsdirektor Ankli kam auf dieses Argument zurück: «Wir dürfen nicht naiv sein, das Risiko in der Zusammenarbeit nicht ignorieren. Ich bin überzeugt: China-Wissen ist dafür zentral. Und genau das macht das China Centre.»

Mehr Mitsprache gefordert

Raumplanung In Utzenstorf soll ein Logistikzentrum für Digitec Galaxus und die Post entstehen. Obwohl dies etlichen Mehrverkehr, insbesondere für Gerlafingen, bedeuten wird, durfte der Kanton bei der Planung nicht mitreden. Das will der Kantonsrat ändern. Daran hat der Kanton Solothurn, der «mehr Zaun als Garten» hat, wie es in der Debatte genannt wurde, also aufgrund seiner Geografie potenziell von verschiedenen Projekten anderer Kantone betroffen ist, besonders grosses Interesse. Zu diesem Zweck soll eine Standesinitiative nach Bern geschickt werden, beschloss der Kantonsrat mit 60 zu 26 Stimmen. Konkret sollen Kantone, die von solchen Projekten anderer Kantone betroffen sind, künftig ein Richtplanverfahren verlangen dürfen.

Widerstand gab es vonseiten der SVP und FDP. Es gebe bereits heute Möglichkeiten der Mitsprache. Lieber solle man die jetzigen gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, als neues Recht anzustossen, was zudem vermutlich sowieso nichts bringen würde, da Standesinitiativen selten etwas bewirken. Doch das eine schliesst das andere nicht aus, war die Mehrheit im Kantonsrat der Meinung. Man müsse auf jeden Fall alles dafür tun, dass nun auch in Bern über dieses Thema diskutiert wird. (rka)

Beiträge werden gestrichen

Kanton beteiligt sich nicht mehr an Pensionskassen für Geistliche.

Urs Moser

Ob er unbedingt abgeschnitten gehört, darüber hätte sich ja vielleicht noch streiten lassen. Aber um einen buchstäblich alten Zopf ging es allemal: Der Kanton will keine Staatsbeiträge mehr an die Pensionskassen von Geistlichen ausrichten. Dazu musste der Kantonsrat die Aufhebung von Gesetzesbestimmungen aus den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts beschliessen, als noch kein Mensch von der obligatorischen beruflichen Vorsorge sprach. Das tat er mit lediglich vier Gegenstimmen.

Einsparungen von 400 000 Franken jährlich

Heute beteiligt sich der Kanton auf zwei Arten an der beruflichen Vorsorge von Geistlichen der drei Landeskirchen: zum einen mit einem fixen Sockelbeitrag von 8000 Franken, dazu kommt ein prozentualer Beitrag von 4 Prozent der versicherten Besoldungen. Eine solche finanzielle Unterstützung der Kirchen erscheine heute mit Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere die Säkularisierung der Gesellschaft, nicht mehr zeitgemäss, fand die Regierung. Sie stiess auf keinen

Widerspruch. Man danke der Regierung für den Mut, das Thema aufs Tapet zu bringen, erklärte FDP-Sprecher Christian Thalmann (Breitenbach). Der richtige Zeitpunkt zum Ausstieg aus den Staatsbeiträgen wäre eigentlich schon 1985 mit der Einführung des BVG-Obligatoriums (Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge) gewesen, sagte Heinz Flück (Grüne, Solothurn). Seither lebe man im Grunde mit einem Systemfehler.

Aus der Pflicht zur Leistung des Sockelbeitrags kann sich der Kanton auskaufen. Das wird 2026 erfolgen und den Kanton einmalig 640 000 Franken kosten. Die für den Verzicht auf die prozentualen Beiträge nötigen Gesetzesanpassungen sollen auf den 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt werden, sehen aber eine dreijährige Übergangsfrist bis Ende 2026 vor, in der die Beiträge noch weiter ausgerichtet werden. Ab 2027 spart der Kanton dann jährlich rund 400 000 Franken.

Standortattraktivität der Kirchgemeinden leidet

Dass dieses Geld den finanziell ohnehin nicht auf Rosen gebetteten Kirchgemeinden schmerzlich fehlen wird, dürfte ausser

Frage stehen. Ein Antrag von Mathias Stricker (SP, Bettlach), die Übergangsfrist auf fünf Jahre zur verlängern, damit sich die Kirchgemeinden auf die neue Situation einstellen können, erhielt von allen Seiten vereinzelte Stimmen. Denn, so wurde allseits betont: Dass die Kirchen wertvolle Arbeit in verschiedenen sozialen Bereichen leisten, anerkenne man durchaus.

Die Fristverlängerung wurde dann aber doch mit 57 zu 35 Stimmen abgelehnt. Bereits die drei Jahre seien ein gangbarer Kompromiss, so die Mehrheitsmeinung (ursprünglich wollte die Regierung die Beiträge bereits ab 2024 einstellen, die Kirchen hatten fünf bis zehn Jahre Übergangsfrist beantragt).

«Alles, was die Institution Kirche schwächt, schwächt auch das Gemeinwesen», hatte Stricker für seinen Vorschlag geworben. Mit ihren sozialen Engagements werde auch der Staat entlastet, gab er zu bedenken. Und: Fachkräftemangel kennen auch die Kirchen. Mit dem Wegfall der Beiträge werde der Standort Solothurn geschwächt, wo die Geistlichen zum Teil weniger verdienen als in anderen Kantonen, was bisher über tiefere Pensionskassenbeiträge kompensiert worden sei.

3 Jahre Sek für alle – mit Berufswahl-Vorbereitung

Kantonsrat setzt Schulmodell auf den Prüfstand.

Urs Moser

Das im schweizerischen Vergleich aussergewöhnliche Solothurner Modell der Sekundarstufe 1 steht auf dem Prüfstand. Die Tage der zweijährigen Sek P als Vorbereitung auf das Gymnasium in der heutigen Ausgestaltung scheinen gezählt. Der Kantonsrat hat den überparteilichen Auftrag, der zumindest die Prüfung eines Wechsels zu drei Jahren Sekundarschule für alle Anforderungsniveaus verlangt, einstimmig erheblich erklärt. Hintergrund ist die Berufswahlvorbereitung in der Schule: Wer heute nach der Primarschule in die Sek P wechselt und sich dann doch eher in einer Berufslehre als an der Uni sieht, hat sie verpasst. Hier setzt der Vorstoss an: Es sei in einer ebenfalls drei Jahre dauernden Sek P wie in den anderen Anforderungsniveaus eine «möglichst ausgebaute Berufsorientierung vorzusehen».

Im Kantonsrat war man sich einig, dass sich das heutige Modell zunehmend als unbefriedigend erweist. Mathias Stricker (SP, Bettlach), Präsident des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer, sprach gar von einer Fehlkonstruktion. Eine fundierte Be-

rufswahlvorbereitung komme auch den Schülerinnen und Schülern zugute, die den gymnasialen Weg einschlagen, meinte Heinz Flück (Grüne, Solothurn): Indem sie sich beim Gedanken an die spätere Studienwahl eher an einer konkreten Berufsvorstellung orientieren als einfach am Lieblingsfach in der Kanti.

Von allen Seiten wurde betont, dass es nicht darum gehe, den gymnasialen Weg gegen die Berufslehre auszuspielen. Aber ja: Das Anliegen steht vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels. Insbesondere in den technischen Berufen würden (schulisch leistungsstarke) Lehrlinge fehlen, so Handelskammer-Direktor Daniel Probst (FDP, Olten).

Sollte der Wechsel wirklich vollzogen werden, wird das eine ganze Reihe von Anpassungen mit sich ziehen, die auch finanzielle Auswirkungen haben werden. So legte SVP-Sprecherin Andrea Meppiel (Hofstetten) denn auch Wert auf die Feststellung, dass die heutige Zustimmung zum Prüfungsauftrag noch kein definitives Ja zum Systemwechsel sei. Darüber entscheide man, wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen.